

deutschen Volkes, der Erhaltung des Friedens, einer Meinung. Das ist von großer Bedeutung und kann zu sehr positiven Ergebnissen führen, wenn unsere Parteien, zusammen mit allen anderen Kräften, die den Frieden wollen, gemeinsame Schritte unternehmen. Angesichts der Gefahr eines Atomkrieges müssen wir das Zusammenwirken aller guten Kräfte herbeiführen.

In Westdeutschland haben die Forderungen nach der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, für Verständigung und Abrüstung einen großen Widerhall gefunden. Es ist eine breite Volksstimmung gegen die Politik der Atomrüstung entstanden. Weit über die Reihen der Arbeiterparteien hinaus treten auch bürgerliche Politiker, bekannte Wissenschaftler und breite Kreise der Intelligenz auf, um zu erklären, daß die Adenauer-Politik in eine Sackgasse geraten und daß eine neue Politik der Entspannung und Verständigung erforderlich ist. Die verständigungsbereiten und sachlichen Vorschläge, die der Ministerpräsident der UdSSR, Bulganin, in seinem Brief an Bundeskanzler Adenauer machte, ebenso wie seine ernste Warnung vor den Folgen der Atomkriegspolitik haben eine tiefe Resonanz gefunden. Alles weist darauf hin, daß heute reale Möglichkeiten bestehen, eine umfassende Volksbewegung zur Erhaltung des Friedens auch in Westdeutschland zu schaffen, wenn die mangelnde Organisiertheit der Friedensbewegung überwunden wird und eine Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterparteien und Organisationen aus ganz Deutschland zustande kommt.

In jüngster Zeit haben sich Funktionäre und Mitglieder westdeutscher Arbeiterorganisationen wie auch von Frauen-, Jugend- und Friedensverbänden und Einzelpersonlichkeiten an unsere Partei mit der Aufforderung gewandt, erneut die Initiative zur Zusammenarbeit zu ergreifen. Es ist uns auch bekannt geworden, daß der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Parteioorganisationen und von Vertretern anderer demokratischer Organisationen und Gruppen ersucht wurde, mit seinen Kräften eine Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, ähnlich der Paulskirchenbewegung, zu fördern und zu unterstützen. Mit Bedauern stellen wir jedoch fest, daß sich der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bisher zu solchen Maßnahmen noch nicht entschlossen hat.

Ausgehend von der Notwendigkeit, sowohl getrennt wie auch gemeinsam Schritte zur Schaffung einer Volksbewegung, die der Siche-